

## Beschlussempfehlung

Hannover, den 12. Juni 2018

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

### **Unnötige Netzengpässe beseitigen, AKWs jetzt abschalten: Netze für erneuerbare Energien frei machen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/247

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

#### EntschlieÙung

#### **Erneuerbare Energien aufbauen - Netze entlasten**

Der Zubau der erneuerbaren Energien ist in den letzten Jahren auch dank der Vorreiterrolle Niedersachsens bundesweit gut vorangekommen. Die Große Koalition im Bund will den Ausbau der erneuerbaren Energien verstärken. Bundesweite Sonderausschreibungen für Wind- und Solarenergie sowie ein Offshore-Windenergiebeitrag sollen zu einer Einsparung von acht bis zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zum Klimaschutzziel 2020 beitragen. Voraussetzung ist jedoch die Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze.

In Niedersachsen und der Nordsee gibt es kostengünstige Potenziale zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Um einen bundesweit effizienten Ausbau der erneuerbaren Energien zu gewährleisten, sind bestehende Potenziale zur Beschleunigung des Netzausbaus und zur Entlastung der Stromnetze effektiv zu nutzen.

Der Landtag begrüÙt

- die Pläne der Bundesregierung für eine weitere Flexibilisierung der Kraft-Wärme-Kopplung,
- das Ausbauziel der Bundesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 im Strombereich auf etwa 65 % auszubauen,
- das Vorhaben der Bundesregierung, Sonderausschreibungen durchzuführen, mit denen eine Einsparung von acht bis zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zum Klimaschutzziel 2020 beigetragen werden soll,
- den Einsatz der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ auf Bundesebene, um einen Fahrplan für eine sozialverträgliche und die Erfordernisse der Versorgungssicherheit berücksichtigende Reduktion der Kohleverstromung zu erarbeiten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. nach Möglichkeiten zu suchen, wie insbesondere der Ausbau der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Trassen (HGÜ-Trassen) beschleunigt werden kann,
2. die bestehenden Möglichkeiten zur kurzfristigen Entlastung der Netzkapazitäten effektiv zu nutzen und
3. sicherzustellen, dass konventionelle Kraftwerke ihre Einspeisung in Engpasssituationen auf das für die Netzstabilität erforderliche Maß („must-run“) reduzieren.

Axel Miesner  
Vorsitzender

(Verteilt am 14.06.2018)